

Islamische Apartheid: Bald schon in Europa



Zenit News, eine in Rom ansässige, internationale katholische Nachrichtenagentur, berichtet über ein weiteres, unlängst zu beobachtendes Abrücken der türkischen Regierung von ihrer Verfassung, die die Trennung von Religion und Staat fordert. Dies ist ein weiteres Beispiel für den Rückschritt der Türkei in Richtung Intoleranz, die schon das Osmanische Reich kennzeichnete.

(Im Original erschienen auf Robert Spencers Jihadwatch / Übersetzung: Maria Sander)

Nein, nein, die Türken kidnappen keine männlichen Neugeborenen, um sie später als Haussklaven in den Dienst zu stellen ... noch nicht. Es geht gerade um Folgendes:

Nicht einmal den Mongolen des 14. Jahrhunderts gelang es, eines der ältesten christlichen Klöster der Welt zum Verschwinden zu bringen, als sie 40 Mönche und etwa 400 Gläubige töteten, aber vielleicht schafft es der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan.

Es geht um das Kloster der Syrisch-Orthodoxen Kirche, das bereits im 8. Jahrhundert das Opfer der islamischen Eroberung wurde. Die Geschichte dieser Kirche und des Klosters ist ein Mikrokosmos islamischer Intoleranz in Aktion. Die Klostersgemeinde Mor Gabriel, die in der südostanatolischen

Region Tur Abdin beheimatet ist, wurde im Jahre 397 gegründet. Zenit merkt an, dass Mor Gabriel nicht nur eine alte Kirche ist, sondern sie gilt syrischen Christen als das „zweite Jerusalem“. Mor Gabriel ist Residenz des Erzbischofs Mor Timotheus Samuel Aktas und ist damit ein kulturelles und geistiges Zentrum sowohl für die schwindende syrisch-orthodoxe Gemeinde in der Türkei als auch für viele Syrer, die in den Westen ausgewandert sind. Vor erst 50 Jahren lebten noch etwa 130.000 Syrer in der Region Tur Abdin. Heute ist ihre Zahl auf ein paar Tausend zurückgegangen. Der einst blühende Klosterkomplex „beherbergt heute lediglich eine winzige Gemeinde, bestehend aus drei Mönchen und vierzehn Nonnen.“

Nun wollen die islamischen Herrenmenschen, die in der Türkei – dank „demokratischer Reformen“ – unaufhaltsam die Macht übernehmen, das Wenige beschlagnahmen und liquidieren, was von der christlichen Gemeinde des Altertums übrig geblieben ist. Zenit nennt in diesem Zusammenhang eine orchestrierte Kampagne gegen Mor Gabriel, die „im Jahre 2008 von Anführern dreier kurdischer Dörfer angezettelt worden ist. Diese Dörfer werden von einem Stamm beherrscht, der vom Parlament unterstützt wird, genauer gesagt durch Suleyman Celebi, einem Stammesführer und Parlamentarier der pro-islamischen Regierungspartei Erdogans.“ Die Kurden beschuldigen die Mönche:

- Des Versuchs, Muslime zum Christentum zu konvertieren (so viel zum Thema Religionsfreiheit in einem Land, das die EU-Mitgliedschaft anstrebt). Die Mönche weisen die Anklage zurück.
- Des Wohnens auf einem Gelände, auf dem einst eine Moschee gestanden haben soll, was „eine haltlose und sogar absurde Anschuldigung ist, in Anbetracht der Tatsache, dass Mor Gabriel lange vor der Entstehung des Islam gegründet wurde.“ Nicht, dass logische oder historische Fakten je einen Funken Einsicht bei Muslimen bewirkt hätten. Die besagte „Geschichte“ ist ja schließlich Teil der jahiliyya, [Teile der Heiligen

Schrift, die von Juden u. Christen verfälscht wurden. Anmerkung; Übersetzerin], welche Vorteile hätte es demnach, diese Geschichte überhaupt zu studieren?

- Diebstahl öffentlich-türkischen Staatsgebietes zur Verwendung landwirtschaftlicher Zwecke. Die letzte Anschuldigung war die einzige, die der türkische Staat gegen die Mönche verwenden konnte. Nach einer am 27. Januar veröffentlichten Entscheidung des obersten türkischen Gerichtshofes wurde befunden, dass zwölf Beete des klösterlichen Landbesitzes – ein Gebiet von insgesamt 99 Hektar – als „Wald“ anzusehen seien und daher 'ipso facto' dem Staat gehörten. Dieses Land wurde bisher von den Mönchen genutzt, um ihre Nahrungsmittel anzubauen. Beobachter bezeichneten die Gerichtsentscheidung unter anderem als eine „höchst politische und ideologische,“ als einen „Schauprozess“ und eine „Farce.“

Haben Bürger europäischer Länder – die schon bald die Türkei als größtes und einwohnerreichstes Mitgliedsland am Hals haben könnten – nichts gegen diesen Akt der historischen Säuberung einzuwenden? Kaum, berichtet die Zenit. Lediglich in Deutschland haben einige Politiker Alarm geschlagen. Dort haben „einige Parteien, einschließlich der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und sogar der Partei DieLinke, diese [Entscheidung] angeprangert ... Erika Steinbach, Vorsitzende der parlamentarischen Arbeitsgruppe für Menschenrechte und humanitäre Hilfe... [sagte], dies sei ein Zeichen der Unterdrückung des Christentums in der Türkei ... „Der negative Trend in der Türkei in Bezug auf Religionsfreiheit ist mit den Menschenrechten nicht vereinbar“, sagte Steinbach den Berichten der *Assyrian International News Agency* zufolge.“

In der Türkei, so merkt die Zenit weiter an:

ziehen es Vertreter vieler Religionen derzeit vor, sich schweigend zu verhalten. Sie befürchten, dass sie die feindlich gesonnene Amtsgewalt auf sich lenken und – wie der

Fall Mor Gabriel klar zeigt – mit langwierigen und vor allem teuren Rechtsstreitigkeiten konfrontiert werden könnten, nur um ihre Freiheit zu verlieren, die ihnen „de facto“ zugebilligt wird. Die einzige Möglichkeit, eine Lösung für dieses Problem herbeizuführen, das eine „absolute Unvereinbarkeit“ mit der Europäischen Menschenrechtskonvention und den freiheitlichen Grundrechten darstellt, sei eine Änderung der türkischen Verfassung und des türkischen Strafgesetzbuches [...]

Im vergangenen Oktober stimmte der damalige Vorsitzende der „Diyanet“ (Präsidium für Religionsangelegenheiten), Professor Ali Bardakoglu, dem o.g. ebenfalls zu. „Die Lösung liegt darin, allen religiösen Institutionen Autonomie zu gewähren. Die Türkei ist dazu bereit,“ sagte er der Daily Radikal. Einen Monat später verlor Bardakoglu seinen Posten.

Wenn sie ihr Land nicht verlieren wollen, bleibt den Mönchen von Mor Gabriel nichts anderes übrig, als dem Beispiel des ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel zu folgen und sich an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg zu wenden. Metropolit Samuel Aktas sagte gegenüber dem Economist, dass dies genau das ist, was er tun werde: „Ich habe im Angesicht dieser Ungerechtigkeiten bisher geschwiegen, aber das ist jetzt vorbei.“

„Der Zweck dieser Drohungen und des Rechtsstreits scheinen darauf abzuzielen, diese Minderheit zu unterdrücken und sie aus der Türkei zu verbannen, als sei sie ein Fremdkörper“, teilte David Gelen, Vorsitzender der Aramaic Federation (Aramäischer Verband), AsiaNews bereits im Jahre 2009 mit. „Die Türkei muss entscheiden, ob sie eine 1.600 Jahre alte Kultur erhalten, oder die letzten Reste einer nicht muslimischen Tradition zerstören will. Was auf dem Spiel steht, ist das Multikulturelle, das dieses Land seit der Zeit des Osmanischen Reiches ausgemacht hat.“

Dieser letzte Satz macht sich aus politischer Sicht sicher gut, und ich habe Verständnis für den Versuch des aramäischen Verbandes, mit dieser Rhetorik seine Causa zu fördern. Aber es spült die Realität der Dhimmitude weich, eben diese grausame Unterwerfung, die schon seit dem Beginn der osmanischen Eroberung kennzeichnend für die Behandlung der Nichtmuslime auf türkischem Boden gewesen ist. Trotzdem hat der Mann in einem Punkt Recht: In einem muslimischen Land nach dem anderen sehen wir gerade, dass Muslime mit Herrschaft und Respekt nicht mehr zufrieden sind. Was sie wollen ist eine ethnische Säuberung, damit ihre Länder als ~~Christrein~~ Christenrein gelten, so wie sie seit 1948 Judenrein sind. Vielleicht lässt sich durch mehr Moderne und scharfe Beobachtung durch globale Medien die sprichwörtliche Anwendung der Dhimmitude nur schwer aufrecht erhalten. Bis jetzt hat kein muslimisches Land so viele Steine, um die Djizya einzutreiben, und in vielen Fällen sind die „Gefangenengemeinden“ bereits am Punkt relativer Armut angelangt. Es gibt demnach keinen praktischen Grund, Christen im Land zu halten. Hungernde Kühe geben keine Milch, also sind sie überflüssig. Genauso entledigen sich Muslime mit Vehemenz des übrig gebliebenen Christentums im Irak.

Die Lehre, die Europa daraus ziehen sollte, ist klar: Die Türkei gehört nicht in die Europäische Union. Der Fall Mor Gabriel sollte eines der wichtigsten Gesprächsthemen europäischer Politiker sein, die diese endgültige und höchst bedrohliche türkische Invasion zu stoppen versuchen. Diese sollten sich für die Wiederherstellung aller religiösen Stätten enteigneter ethnischer Gruppen einsetzen und diese zur Liste unveräußerlicher Bedingungen hinzufügen, die die Türkei erfüllen muss, bevor ihre Mitgliedschaft überhaupt in Erwägung gezogen wird. Je islamischer die Türkei wird, desto unnachgiebiger werden ihre Politiker hinsichtlich solcher Themen. Aber lassen wir den Kreis der Gegenklagen immer größer werden, dann wird die Kluft zwischen Europa und der Türkei so groß, dass sie nicht durch das überbrückt werden kann, was Türkeiskeptiker ganz richtig als „Brücke, die zu weit führt“

bezeichnen, also A Bridge Too Far.